

Schulsozialarbeit retten und ausbauen

Die aktuelle Flickschusterei darf nicht weitergehen. Immer mehr qualifizierte und motivierte Schulsozialarbeiter finden außerhalb der Schulen sichere Jobs. Es ist kein Wunder, dass zahlreiche Stellen unbesetzt bleiben. Damit ist keinem Schüler und keiner Lehrerin geholfen.

- Seiten 2 & 3



Liebe Leserinnen und Leser,

die Inflation treibt die Preise im Supermarkt und für das Heizen in die Höhe. Besonders hart betroffen sind die, die ohnehin schon jeden Euro zweimal umdrehen müssen. Statt Steuergeschenke an Großkonzerne zu verteilen, brauchen wir direkte Entlastungen für diejenigen, die eh schon kaum über die Runden kommen. Die Fraktion DIE LINKE hat die Streichung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel sowie die Einrichtung staatlicher Preisbeobachtungsstellen vorgeschlagen. All das will die Landesregierung von Reiner Haseloff (CDU) nicht. Es soll weiter bergab gehen.

Haseloff steht für Stillstand. Er trägt seit Jahren die Verantwortung dafür, dass Sachsen-Anhalt bundesweites Schlusslicht bei Löhnen und Renten, bei der Bildung und dem Einsatz gegen Kinderarmut ist. Wir brauchen armutsfeste Einkommen für alle, mehr Investitionen in Schulen und Lehrkräfte, soziale Sicherheit und eine Willkommenskultur für diejenigen, die in unserem Land leben wollen!

Viel Freude beim Lesen wünscht



Eva von Angern
Fraktionsvorsitzende

TEUER!

Wie Großkonzerne in Zeiten der Inflation abkassieren

- Seiten 6 & 7



Schulsozialarbeit retten und ausbauen – für die Zukunft unserer Kinder

Nicht jede Kindheit verläuft problemfrei. Ob Liebeskummer oder Ärger mit den Eltern: Turbulenzen gehören zum Leben von Heranwachsenden dazu. In manchen Fällen auch Schlimmeres: Mobbing, psychische Probleme oder gar häusliche oder sexuelle Gewalterfahrungen.

Damit kein Kind und kein Jugendlicher mit aufkommenden Problemen alleingelassen wird, gibt es, neben den Lehrkräften, auch das speziell ausgebildete Fachpersonal der Schulsozialarbeit. Sie sind es, die Kinder und Jugendliche in ihrer persönlichen und sozialen Entwicklung unterstützen. Die rund 400 Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter in Sachsen-Anhalt haben sich dabei viel Anerkennung erworben. Trotz dieser Erfolgsgeschichte steht die Zukunft der Schulsozialarbeit wieder einmal auf der Kippe.

Die Schulsozialarbeiterinnen helfen den Schülern bei aufkommenden Problemen und Lebenskrisen, lösen Konflikte und halten somit den Lehrkräften den Rücken für ihren Unterricht frei. Es ist unverantwortlich, dass die Landesregierung keinen vernünftigen Zukunftsplan für die Schulsozialarbeit vorlegen kann. Stattdessen streitet sich die Bildungsministerin Eva Feußner (CDU) mit der Sozialministerin Petra Grimm-Benne (SPD) um Zuständigkei-



Bettina Kampe von der Gemeinschaftsschule »Gottfried Wilhelm Leibniz«

ten. Unter diesem Hickhack der Ministerien leiden Kinder und Eltern – seit Jahren!

Durch die prekäre Lage der Schulsozialarbeit und die wackelnde Finanzierung verlassen viele Fachkräfte die Schulsozialarbeit und suchen sich sicherere Stellen. Die Folgen sind etliche unbesetzte Stellen und viel Frust unter denen, die eigentlich die Kinder für das Lernen und die Schule begeistern sollen. Schlimmer noch: Viele Kommunen können den nötigen Eigenanteil bei der Finanzie-

rung (20 Prozent der Gesamtkosten) der Schulsozialarbeit nicht stemmen, viele Stellen drohen wegzufallen.

»Kinder in Krisensituation brauchen professionelle Begleitung, [...]

- Bettina Kampe

DIE LINKE hat verschiedene Schulen in der Landeshauptstadt besucht, um sich ein

Bild von der Situation zu machen. **Bettina Kampe, stellvertretende Schulleiterin der Gemeinschaftsschule »Gottfried Wilhelm Leibniz«** in Magdeburg, erklärt uns, wie wichtig und vielfältig die Schulsozialarbeit ihrer Meinung nach ist: »Wir arbeiten seit Jahren sehr gut mit Schulsozialarbeit, haben aber aktuell nur zwei Stellen an unserer Schule. Sie betreuen zahlreiche Projekte in den Klassen: Projekte zu Antirassismus, Antimobbing und Gewaltprävention sowie Kennlern- und Vorbereitungswochen der 5. Klassen, um den Einstieg in die neue Schulform zu erleichtern.

Es braucht Schulsozialarbeit, weil wir allen Kindern ermöglichen wollen, einen Abschluss zu erreichen. Kinder in Krisensituation brauchen professionelle Begleitung, damit ihre Chancen auf einen guten Schulabschluss und einen reibungslosen Berufseinstieg steigen.« Eine Alternativen zur Schulsozialarbeit – da ist sich Bettina Kampe sicher – gibt es nicht.



Daniela Nitschke, Schulsozialarbeiterin an der Grundschule »Am Umfassungsweg«



Sozialpolitikerin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Monika Hohmann im Gespräch auf einer Demo zur Schulsozialarbeit

»Keine stabile Finanzierung bedeutet für uns Existenzängste.«

- Daniela Nitschke

In der Magdeburger Grundschule am Umfangsweg treffen wir Daniela Nitschke. Sie arbeitet seit 12 Jahren als Schulsozialarbeiterin und schildert uns eindrücklich, mit welchen Problemen ihr Berufsstand konfrontiert ist: »Jedes Jahr bangen wir um die Zukunft

unserer Projekte und Arbeitsplätze. Keine stabile Finanzierung bedeutet für uns Existenzängste.« Wertschätzung sehe anders aus. Frau Nitschke ist Schulsozialarbeiterin aus Überzeugung: »Es braucht an allen Schulen Schulsozialarbeit, die Probleme an den Schulen nehmen stetig zu. Ich unterstütze die Eltern und Kinder bei aufkommenden Problemen und Erziehungsfragen. Ich berate Lehrkräfte bei Schulbummelei oder Verhaltensauffälligkeiten. Kinder sind mehr als Noten

und Leistungen, sie sind junge Menschen mit einer wachsenden Persönlichkeit – hier setzt unsere Unterstützung an.«

Dass die Zukunft der Schulsozialarbeit im Landtag Dauerthema ist, verdanken wir auch Monika Hohmann. Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE aus dem Harz kämpft auf politischer Ebene für den Ausbau der Schulsozialarbeit: »Wir fordern die Landesregierung auf, sofort mit allen Kommunen offensiv über Wege zu reden,

wie die Schulsozialarbeit mindestens auf dem derzeitigen Niveau erhalten werden kann. Außerdem muss im kommenden Landeshaushalt 2024 Geld für ein eigenes Landesprogramm für Schulsozialarbeit eingestellt werden. Die aktuelle Flickschusterei darf nicht weitergehen. Immer mehr qualifizierte und motivierte Schulsozialarbeiter finden außerhalb der Schulen sichere Jobs. Es ist kein Wunder, dass zahlreiche Stellen unbesetzt bleiben. Damit ist keinem Schüler und keiner Lehrerin geholfen.«

Unsere parlamentarischen Initiativen zum Erhalt und Ausbau der Schulsozialarbeit:

- Antrag im Dezember 2021: Fortführung der Schulsozialarbeit in allen Regionen sichern
- Aktuelle Debatte im Februar 2022: Erst tendenziell mehr und nun doch ganz sicher weniger Schulsozialarbeit – das Land zieht sich aus der Verantwortung
- Antrag im Oktober 2022: Masterplan zur Sicherung der Schulbildung in Sachsen-Anhalt
- Antrag im Mai 2023: Schulsozialarbeit für alle Schulen – jetzt dauerhaft und kontinuierlich gewährleisten
- Antrag im September 2023: Schulsozialarbeit in Sachsen-Anhalt erhalten und ausbauen – Regelung zur Umsetzung des § 13a SGB VIII

Die Fraktion DIE LINKE in Sachsen-Anhalt will diese Hängepartie beenden. Wir fordern deshalb seit Jahren ein eigenes Landesprogramm für Schulsozialarbeit im Umfang von mindestens 400 Stellen. Die Landesregierung darf sich nicht aus der Verantwortung ziehen.

LINKS wirkt: Ausbildungsvergütung für Pflegehelferinnen und Pflegehelfer kommt!

Es gibt wenig Grund zur Hoffnung: Das Land versinkt im Pflegenotstand. Der Pflegekräftemangel bedroht die Gesundheitsversorgung, insbesondere im ländlichen Raum.

Stationen werden dicht gemacht, Krankenhausschließungen drohen und ein Ende ist nicht in Sicht. Kurz um: Wir brauchen jetzt Jede und Jeden, wenn wir unser Gesundheitswesen krisenfest und zukunftsicher machen wollen. In dieser dramatischen Situation sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass wir Menschen, die sich entschieden haben, ihr berufliches Herzblut in die Pflege von bedürftigen Menschen zu stecken, keine zusätzlichen Steine in den Weg legen.

Und doch ist die Ausbildungsvergütung für Pflegehelferinnen und Pflegehelfer in Sachsen-Anhalt kein Selbstläufer gewesen. Denn: Obwohl Geld aus dem Corona-Sondervermögen für eine Ausbildungsvergütung bereitgestellt wurde, blieb die Landesregierung untätig. Geld da, Wille fehlt. Unglaublich.

Dabei dürfte mittlerweile auch die Gesundheitsministerin wissen, dass Pflegekräfte sprichwörtlich auf dem Zahnfleisch gehen. Die Arbeitsbelastung steigt, die Gehälter aber nicht. Kein Wunder, dass es schwer ist, junge Menschen für eine Ausbildung zu gewinnen und erst recht, wenn die Azubis ihre Ausbildung aus eigener Tasche zahlen müssen.

»Die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger ist so viel mehr wert, als Schuldentilgung.

- Nicole Anger

Dass endlich eine Vergütung in der Ausbildung gezahlt wird, ist Nicole Anger (DIE LINKE) zu verdanken. Die gesundheitspolitische Sprecherin



der Linksfraktion erinnert sich noch gut an die Debatte:

»Es war ein Skandal, dass die Landesregierung es schlicht verpennt hat, aus dem Corona-Sondervermögen bereitgestelltes Geld an die Pflegehelferinnen und Pflegehelfer abfließen zu lassen. Es sind schließlich die Pflegekräfte, die den Laden so gut es geht am Laufen halten und wir können es uns nicht leisten, auf dringend benötigte Entlastungsmaßnahmen für Beschäftigte im Gesundheitswesen zu verzichten. Die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger ist so viel mehr wert, als Schuldentilgung.«

Gerade noch rechtzeitig hat DIE LINKE Fraktion auf das Ver-

säumnis hingewiesen und den Druck auf die Landesregierung erhöht. Ein eigener Antrag mit Debatte im Plenum war letztlich von Erfolg gekrönt: Die Ausbildungsvergütung ist beschlossene Sache! Links wirkt.

Dass es deutlich mehr braucht für eine hochwertige und flächendeckende Gesundheitsversorgung, weiß die Gesundheitspolitikerin: »Wir brauchen als Land ein grundlegendes Umdenken in der Gesundheitspolitik. Es dürfen nicht weiter nur mit kleinen, punktuellen Hilfsprogrammen die klaffenden Lö-

cher gestopft werden. Vielmehr braucht es einen großen, ganzheitlichen Rettungsschirm für Kliniken und Pflegeheime, damit Krankenhäuser und das medizinische Personal gute Dienste für die Menschen leisten können.«



Nicole Anger
gesundheitspolitische
Sprecherin

Für mehr Gerechtigkeit statt Spaltung!

Der Vorsitzende der LINKEN, Martin Schirdewan, und ich haben im Juli einen Plan für ein gerechteres Land vorgelegt. Angesichts der verheerenden Politik der Ampel-Koalition, die nun auch noch die Mehrwertsteuer in der Gastronomie und bei Erdgas wieder anheben will, hat dieser Plan nichts an Aktualität verloren.

Die Antworten der Ampel auf die Krisen vertiefen die soziale Spaltung weiter. Wenn die zwei reichsten Deutschen, Dieter Schwartz (Lidl) und Klaus-Michael Kühne (Logistik-Unternehmen), mit mehr als 90 Milliarden US-Dollar ein größeres Vermögen als die ärmere Hälfte der Bevölkerung – also mehr als 42 Millionen Menschen – haben, wird eine solche Spaltung zur Bedrohung für die Demokratie. Die Politik macht nicht nur nichts dagegen, sie kürzt auch noch massiv bei Ausgaben im sozialen Bereich.

In Deutschland ist während der Corona-Pandemie die Zahl der Dollarmillionäre um sieben Prozent gestiegen, auf mittlerweile 1,63 Millionen Menschen. Für die Beschäftigten dagegen sind die Realeinkommen in den letzten Jahren gesunken. Viele werden auch 2023 in Relation zu den ungebremst steigenden Preisen weniger zum Leben haben.

»Deutschland braucht eine Politik, die soziale Gerechtigkeit an die erste Stelle setzt.

- Gregor Gysi

Deutschland braucht eine Politik, die soziale Gerechtigkeit an die erste Stelle setzt. Deshalb ist eine der zentralen Forderungen unseres Plans für ein gerechtes Land, dass künftig auch in Deutschland (wie in Belgien,

Luxemburg, Malta und Zypern) die Löhne per Gesetz automatisch um die Inflationsrate steigen. Es mag auf den ersten Blick fast unmöglich scheinen, eine solche Regelung in unserem Land durchzusetzen. Aber das dachten viele auch 1998, als die PDS zum ersten Mal die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn erhoben hat. Heute haben wir ihn und Millionen Beschäftigte profitieren davon, auch wenn er dringend auf mindestens 14 Euro angehoben werden muss.

Wenn die Löhne mit der Inflation steigen, gäbe es keine sinkenden Realeinkommen mehr. Die Gewerkschaften könnten ihre Kraft darauf konzentrieren, dass sich die Gewinn- und Produktivitätsentwicklung in den Löhnen niederschlägt. Wir könnten endlich mal über Umverteilung reden. Heute reicht die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften nicht einmal aus, um Reallohnverluste zu verhindern. Ein automatisierter Inflationsausgleich würde auch die »Gierflation« einiger Unternehmen bremsen, da deren Preissteigerungen über die Löhne sehr schnell wieder als Kosten bei ihnen ankommen.

Wer ein gerechteres Land will, muss Mut und neue Ideen haben. Es lohnt sich, wie der Mindestlohn gezeigt hat, Widerstände zu überwinden. DIE LINKE wird dies weiter tun. Allen Unkenrufen zum Trotz.

Gregor Gysi



TEUER!

Wie Großkonzerne in Zeiten der Inflation abkassieren

Das Leben wird immer teurer. Kassiererinnen, Pflegekräfte und Postboten müssen beim Einkaufen, Tanken und Heizen immer tiefer in die Tasche greifen. Grundnahrungsmittel wie Brot, Obst oder Hackfleisch sind fast ein Drittel teurer als im Vorjahr. Statt Steuergeschenke an Konzerne zu verteilen, brauchen wir die Entlastung für die am stärksten von der Inflation Betroffenen.

Viele Menschen in Sachsen-Anhalt haben immer größere finanzielle Sorgen. Die anhaltende hohe Inflation belastet die Menschen. Zwischenzeitlich war die Inflationsrate in Deutschland mit über 10 Prozent auf Höchststand. Mehr als ein Viertel der Menschen bewertet auch heute noch die eigene Finanzlage als schlecht. An den hohen Preisen hat sich kaum etwas geändert. Sie schlagen besonders bei den zu Buche, die eh schon

wenig haben und gerade einmal Mindestlohn verdienen. An einen Kinobesuch, ein Essen im Restaurant oder gar Urlaub oder Sparen ist dabei nicht zu denken. Gleichzeitig fahren Konzerne Rekordgewinne ein und verdienen sich an der Inflation eine goldene Nase. Fakt ist: Während die Zahl der Bedürftigen bei der Tafel um 50 Prozent gestiegen ist, haben die großen Ölkonglomerate im 3. Quartal 2022 satte 100 Prozent mehr Profit gemacht als



im Vorjahr! Der tägliche Kampf um die hohen Rechnungen an der Supermarktkasse oder der Tankstelle ist ein Kampf zwischen oben und unten.

Die Steuergeschenke kommen nicht bei den Menschen an: Von Habecks Tankrabatt profitierten

im Sommer letzten Jahres einzig und allein die großen Mineralölkonglomerate. Der Chipriese Intel bekommt fast 10 Milliarden Euro an Subventionen hinterhergeworfen, ohne klare Verbindlichkeiten bei dem Bau der neuen Intel-Fabriken in Magdeburg einzugehen. All diese Steuergeschenke für Großunternehmen sind aus unseren Steuergeldern finanziert, die vor allem von denen erwirtschaftet wurden, die jeden Tag hart arbeiten gehen und ihre Steuern zahlen. Dabei sind es genau solche Großkonglomerate, die den Hals nicht vollbekommen und immer höhere Gewinne erzielen wollen und dabei immer skrupelloser mit dem Schicksal der Menschen umgehen.

Wussten Sie ...

Fast jeder fünfte Mensch in Sachsen-Anhalt (19,3 Prozent) gilt als armutsgefährdet.

Damit liegt Sachsen-Anhalt im bundesweiten Vergleich auf dem traurigen Platz 4 hinter Bremen, Nordrhein-Westfalen und Hamburg. Damit hat sich die Lage im Vergleich zum Vorjahr weiter verschärft, besonders betroffen sind Kinder und alleinlebende Personen. Menschen, die arm sind, haben oft schlechtere Bildungschancen, weniger soziale Kontakte und Schwierigkeiten, beruflich aufzusteigen. Ausflüge und Urlaub sind für sie meistens undenkbar.

Armutsgefährdung in Sachsen-Anhalt nach Alter

Unter 18	26,2 Prozent
18 bis unter 25	34,2 Prozent
25 bis unter 50	18,8 Prozent
50 bis unter 65	15,2 Prozent
65 und älter	16,2 Prozent

»Mehr als jedes vierte Kind in Sachsen-Anhalt ist armutsgefährdet, fast jede zweite Rente reicht kaum mehr zum Leben aus.

Weder die Bundes- noch die Landesregierung schmeißt sich derweil ins Zeug, um denen zu helfen, die unterhalb der Armutsgrenze leben. Und das sind in Sachsen-Anhalt unfassbar viele Menschen: Mehr als jedes vierte Kind in Sachsen-Anhalt



ist armutsgefährdet, fast jede zweite Rente reicht kaum mehr zum Leben aus.

»Die Preise müssen runter und der Mindestlohn endlich auf 14 Euro angehoben werden.

- Wulf Gallert

Wulf Gallert, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, hat im Landtag betont: »Finanzexperten sagen aktuell fälschlicherweise, die Inflationsrate sei im Vergleich zum Vorjahresmonat mittlerweile moderat. Das ist nicht richtig, denn die Preissteigerungen waren schon 2022 extrem hoch und Preise auf Lebensmittel wie Nudeln oder Eier und auch die

Kraftstoffpreise wurden im letzten Jahr so stark erhöht wie seit 40 Jahren nicht mehr. Der Ministerpräsident Haseloff muss diese Teuerungsraten endlich stoppen. Die Preise müssen runter und der Mindestlohn endlich auf 14 Euro angehoben werden. Auch die Rentner im Land, die jahrzehntelang für ihre Pension hart geschuftet haben, dürfen nicht vergessen werden. DIE

LINKE fordert für sie eine außerordentliche Rentenerhöhung von 10 Prozent oder mindestens 200 Euro pro Monat.«

Viele Großunternehmen haben ihre Gewinne unter dem Deckmantel allgemeiner Preissteigerungen ordentlich hochgeschraubt. Es sind genau diese ungesteuerten Krisengewinne, die die Inflation anheizen und die aktuellen Preise werden so schnell nicht wieder sinken, wenn Bundes- und Landesregierung weiterhin nur dabei zusehen, als einzugreifen.

Die Fraktion DIE LINKE hat ganz konkrete Vorschläge gemacht, um den hohen Preisen den Kampf anzusagen:

- Die Streichung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel
- Weiter 7 statt 19 Prozent Mehrwertsteuer auf Gas und Fernwärme
- Eine staatliche Preiskontrolle und eine Übergewinnsteuer für Konzerne
- Die Einrichtung eines Sozial- und Härtefallfonds für armutsbetroffene Menschen
- Eine außerordentliche Rentenerhöhung von 10 Prozent oder mindestens 200 Euro pro Monat.
- Die sofortige Anhebung des Mindestlohns auf 14 Euro pro Stunde.
- Eine Kindergrundsicherung über mindestens 550 Euro für Kleinkinder und 680 Euro für Teenager
- Kostenfreies Mittagessen in Kindertagesstätten und Schulen



Wulf Gallert
wirtschaftspolitischer
Sprecher

Bis an die Zähne bewaffnet!



Reichsbürger sind keine harmlosen »Spinner«, sondern eine Gefahr für Leib und Leben. Aufseherregend war die Meldung vom Waffenfund beim Frankfurter Geschäftsmann und bekennenden Reichsbürger Prinz Reuß: 362 Schusswaffen, 347 Hieb- und Stichwaffen sowie 148.761 Munitionsteile wurden bei einer Razzia im Dezember 2022 beschlagnahmt. Reuß gilt als Kopf der rechtsterroristischen Vereinigung »Patriotische Union«, der ehemalige Bundeswehrsoldaten und eine Ex-AfD-Bundestagsabgeordnete angehörten. Ihr Ziel: Der gewaltsame Umsturz der Bundesrepublik am »Tag X« und ein neues System mit Reuß an der Spitze.

Nicht nur in Hessen, sondern bundesweit wächst das Reichsbürger-Milieu. Die Zahl der Straf- und Gewalttaten bewegt sich weiter auf sehr hohem Niveau.

Das zeigt: Bei Reichsbürgern handelt es sich nicht um harmlose Verschwörungsanhänger, die ihre Personalausweise abgeben und einfach nur in Ruhe gelassen werden wollen. Die Szene weigert sich nicht nur, die Existenz der Bundesrepublik und ihrer Gesetze anzuerkennen, sie ist zunehmend bereit, mit Waffengewalt gegen

all jene vorzugehen, die ihrer Meinung nach als Vertreter des Staates in Erscheinung treten. Das betrifft vor allem Polizisten, Staatsanwälte, Gerichtsvollzieher und Politiker auf allen Ebenen. Mit tödlichen Folgen: 2016 erschoss ein Reichsbürger einen Polizisten.

Auch in Sachsen-Anhalt hat sich die Zahl der Reichsbürger binnen drei Jahren um rund ein Drittel vergrößert, im vergangenen Jahr sollen 650 Personen der Szene zugeordnet worden sein. Im Landkreis Wittenberg gibt es mit dem sog. »Königreich Deutschland« um den selbsternannten »König« Peter Fitzek einen Hotspot

der Reichsbürger-Szene. Nach einem Gefängnisaufenthalt gelang es ihm zuletzt, seine Anhängerschaft zu vergrößern und neue Immobilien zu erwerben. Neben dem Reichsbürger-Milieu verfestigen sich im Harz mit »Weda Elysia« Strukturen von völkischen Siedlern, mit engen Verbindungen ins neonazistische Milieu. Ideologisch gibt es Parallelen zwischen völkischen Siedlern und Reichsbürgern: Rechtsextremes, oft völkisch-nationalistisches Gedankengut und antisemitische Verschwörungsmuthe vermischt sich mit Esoterik, Wissenschafts- und Demokratiefindlichkeit.

Im Landtag von Sachsen-An-

halt ist es Henriette Quade (DIE LINKE), die sich seit Jahren mit Reichsbürgerstrukturen auseinandersetzt und sich mittels kleiner Anfragen und eigener Recherche ein Bild von der Lage macht. Sie fand heraus, dass allein in Sachsen-Anhalt 43 Kurz- und 73 Langwaffen legal in Besitz von Reichsbürgern sind, die Dunkelziffer dürfte weit höher liegen.

»Viel zu oft werden solche Gruppierungen nur belächelt und als verwirrt dargestellt. Viel zu oft wurde seitens des Verfassungsschutzes kein Zusammenhang zum Rechtsextremismus erkannt. Viel zu lange wurde die Bedrohung, die von schwerbewaffneten Reichsbürgern ausgeht, verharmlost. Das ist brandgefährlich«, kritisiert Henriette Quade. Worauf es im Umgang mit Reichsbürgern und völkischen Siedlern ankommt: »Wir brauchen Sicherheitsbehörden, die imstande sind, die Gefahrenlage realistisch einzuschätzen und die konsequent eingreifen. Gleichzeitig müssen Kommunen unterstützt werden, wenn Rechtsextreme vor Ort Immobilien kaufen oder Siedlungsprojekte starten wollen. Nicht zuletzt gilt es, zivilgesellschaftliche Akteure zu stärken, die auf Reichsbürgeraktivitäten aufmerksam machen und darüber aufklären.«

Wir im Osten! Sonntagsreden ersetzen nicht die Anerkennung ostdeutscher Lebensleistungen

33 Jahre deutsche Einheit – das sind 33 Jahre mit großen Fortschritten und Veränderungen. In den Zeiten des Umbruchs hat sich viel zum Guten gewendet. Der Einsatz der Menschen in der DDR für gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West ist jedoch auch Jahrzehnte nach der Wende nicht zur Ruhe gekommen. Die von Helmut Kohl propagierten blühenden Landschaften im Osten ist die größte Lebenslüge des CDU-Bundeskanzlers, die bis heute nicht weggeräumt wurde.

Bis heute sind die Unterschiede in der Bezahlung und Repräsentanz zwischen Ost und West wie einbetoniert. Die Menschen in Sachsen-Anhalt erwarten jedoch selbstverständlich gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West – wie sie im Grundgesetz niedergeschrieben sind. Es ist nicht nachvollziehbar, warum ein Facharbeiter aus der Börde weniger Geld für die gleiche Arbeit erhält als sein Kollege in Wolfsburg.

Vermögenswerte wie Immobilien, Boden und Betriebe gingen nach der Wende dauerhaft in den Besitz des Westens. So fließt das Geld auch heute noch dauerhaft von Ost nach West zugunsten westdeutscher Unternehmen, Vermieterinnen, Investorinnen und Erben. Viele Menschen im Land wohnen seit der Wende in Häusern, die lange nicht mehr im Besitz der Menschen sind, die hier leben. Bis heute findet die Landesregierung keinen Weg, diese Fehlentwicklungen zu revidieren.

Parallel dazu ist der sogenannte Härtefallfonds des Bundes zur Entschädigung entgangener Rentenansprüche aus Beschäftigungszeiten in der DDR nicht

mehr als ein laues Lüftchen. Die um ihre Rentenanteile geprellten Senioren im Osten sollen mit einer winzigen Einmalzahlung abgespeist werden.

Das ist eine einzige Beschämung der Betroffenen.

»Es braucht endlich mehr Ostdeutsche in Schlüsselfunktionen sowie einen Fokus auf ostdeutsche Industriepolitik, die die materiellen Lebensverhältnisse der Ostdeutschen in den Blick nimmt. Nur wenn Ost- wie Westdeutsche, Migrantinnen und Migranten, Frauen und Männer zuversichtlich und interessiert auf ihre Möglichkeiten in unserem Land vertrauen, wird die Demokratie wehrhaft und krisensicher sein.«, betont Eva von Angern, die im Landtag das Thema auf die Tagesordnung gesetzt hat.

DIE FAKTEN

- Vollzeitbeschäftigte im Osten verdienen **durchschnittlich 13.000 Euro brutto weniger** im Jahr als ihre westdeutschen Kollegen.
- Jeder Dritte muss im Osten für **unter 14 Euro pro Stunde** arbeiten und erhält gerade einmal Mindestlohn.
- Ost-Rentner mit 45 Arbeitsjahren erhalten **mit Renteneintritt 200 Euro weniger** Rente.
- Die **Wochenarbeitszeit ist bei vielen Ostdeutschen höher** als bei westdeutschen Kollegen.
- **Im Osten gibt es weniger zu vererben**, im Westen werden etwa 7-mal so viele Einfamilienhäuser und 18-mal so viele Eigentumswohnungen vererbt.
- **Ostdeutsche sind selten in Führungspositionen:** Nur 12 Prozent der Führungspositionen in Politik, Wirtschaft, Medien, Justiz und Wissenschaft sind mit Ostdeutschen besetzt.



Kurz & knapp ...



Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren

»Schutzsuchende werden zum Problem erklärt und Abschreckung und Entrechtung als Lösung verkauft. Die Grünen fordern mittlerweile mehr Abschiebungen, aus der CDU wird die Forderung nach Grenzschiebungen lauter, Politikerinnen und Politiker von CDU/ CSU und AfD überbieten sich mit Forderungen nach Grausamkeiten gegen Geflüchtete und auch der Ministerpräsident Sachsen-Anhalts stimmt mit ein. Wir stimmen in diesen Chor nicht ein. Es braucht Lösungen auf europäischer Ebene, entschiedenes Handeln bei der Unterstützung der Kommunen sowie der Bekämpfung der Fluchtursachen und ein klares Bekenntnis aller demokratischen Kräfte: Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.«



Henriette Quade
migrationspolitische Sprecherin



Thomas Lippmann
bildungspolitischer Sprecher



DIE LINKE nimmt den Protest ernst und ist bereit für eine Offensive

»Zusammen mit allen, die an einer Lösung für den grassierenden Lehrkräftemangel und den Bildungsnotstand mitwirken wollen, muss jetzt eine wirkmächtige Strategie zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls entwickelt werden. Vom bundesweiten Protesttag gegen die Bildungskrise ging ein starkes Signal aus. DIE LINKE nimmt den Protest ernst und ist bereit für eine Offensive, die das Problem langfristig in Angriff nimmt und das Ziel verfolgt, allen Kindern in Sachsen-Anhalt gute Bildungschancen zu ermöglichen. Die Lage ist ernst: Wir dürfen keine weiteren Jahre verstreichen lassen, in denen Unterricht massenhaft ausfällt und Fächer nicht mehr unterrichtet werden können.«



Bürger- und Gewinnbeteiligung für Kommunen vor Ort

»Der Ausbau für Windenergie ist nicht nur eine Chance für den Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt, sondern auch für die Anwohnerinnen und Anwohner. Für DIE LINKE steht fest: Wer die Akzeptanz für solche Projekte erhöhen und einen Beitrag zum Klimaschutz leisten möchte, muss dafür sorgen, dass die Menschen vor Ort profitieren. Unser Vorschlag: Die betroffenen Gemeinden müssen an den Gewinnen mit 0,2 Cent pro Kilowattstunde beteiligt werden und die Einwohnerinnen und Einwohner finanziell direkt davon profitieren. Klimaschutz funktioniert nur als Win-Win-Situation, mit Transparenz und Bürgerbeteiligung.«



Kerstin Eisenreich
energiepolitische Sprecherin



Kristin Heiß
finanzpolitische Sprecherin



Kein Rotstift im Sozialhaushalt!

»Wer in die Zukunft des Landes schauen will, braucht nur einen Blick in den Haushaltsplan für 2024 werfen. Hier finden sich alle Planungen für das kommende Jahr. Aktuell berät der Landtag über den Haushalt. Schon beim ersten Blick fällt auf, dass die Regierung im sozialen Bereich kürzen will, bspw. bei Schulbudgets, der Schulsozialarbeit und im Jugendbereich. Auf der anderen Seite wendet die Regierung verschiedene Tricks an, um Informationen vor dem Parlament zu verschleiern.

Wir setzen uns dafür ein, dass Schulen, Krankenhäuser, Jugendverbände und Hochschulen auch weiterhin auskömmlich finanziert werden.«



Magdeburg Moritzplatz – die Serie mit Jugendlichen aus der Neustadt (Magdeburg)

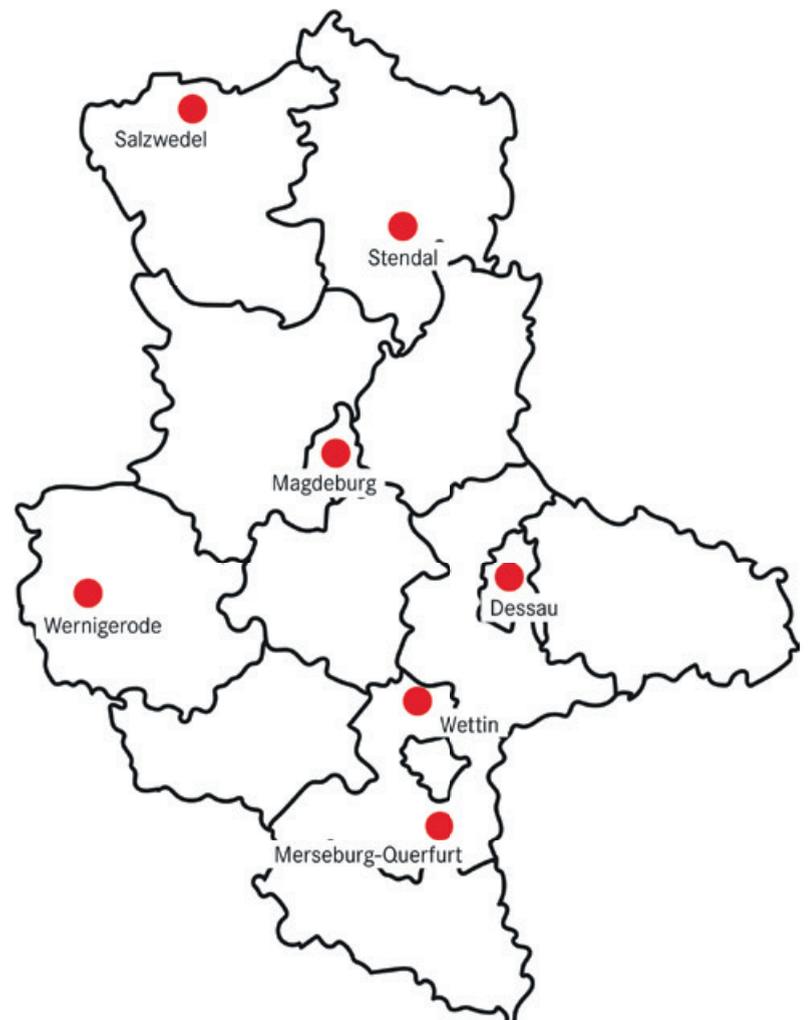
Auf Sendung! 25 Jahre Bürgermedien in Sachsen-Anhalt

Drehen, Schneiden, selber Senden. Das ist das zentrale Motto der Offenen Kanäle im Land. Die regionalen Fernsehsender, die ausschließlich vom Engagement ehrenamtlicher Bürgerinnen und Bürger leben, feiern in diesem Jahr das 25jährige Jubiläum.

Unbeeinflusst von Reichweiten und Werbeumsätze, werden über die Offenen Kanäle im Land selbst erstellte Beiträge der Bürgerinnen und Bürger gesendet. Die sieben Offenen Kanäle unterstützen dabei die ehrenamtlich engagierten Bürger mit Sende- und Schnitttechnik sowie technischen Hilfeleistun-

gen. Als Rundfunk der dritten Art verbreiten die Offenen Kanäle, neben den öffentlich-rechtlichen und privaten Sendern, eigene Fernseh- und Hörfunkbeiträge von Bürgerinnen und Bürgern aus Sachsen-Anhalt. Damit bekommen alle, die Lust auf Fernsehen oder Radio haben, die direkte Möglichkeit, Beiträge zu erstellen und zu senden.

In Sachsen-Anhalt ermöglichen die Offenen Kanäle in Magdeburg, Stendal, Wettin, Wernigerode, Salzwedel, Merseburg-Querfurt und Dessau – mit Unterstützung der Medienanstalt des Landes und den Rundfunkbeiträgen – den kostenlosen



In diesen Städten gibt es Offene Kanäle

und unzensurierten Zugang der Menschen zu Sendeanlagen.

Mit ihrem vielfältigen und regional ausgeprägten Programm sind die Offenen Kanäle und die vielen Ehrenamtlichen, die ihre eigenen Sendungen erstellen, seit Jahrzehnten nicht mehr wegzudenken. Mit Blick auf die letzten Jahre haben die Offenen Kanäle unzählige Dokumentationen, Talkrunden, Musikshows oder Kurzfilme herausgebracht

und damit den Menschen die Chance gegeben, ihre Meinung nach außen zu tragen. Vereine, Initiativen, migrantische Gruppen, Schulen oder auch Hochschulen nutzen die Bürgermedien für ihre Produktionen. Zudem sind die Offenen Kanäle Schnittstellen für die kulturelle und politische Bildung. Die Offenen Kanäle fördern ehrenamtliches Engagement und gesellschaftliche Teilhabe – und das seit 25 Jahren!



Für Sie vor Ort!



Monika Hohmann

Lange Gasse 3
06484 Quedlinburg
03946 8191267
www.monika-hohmann.de

Karlstraße 4
06844 Dessau



Andreas Henke

Hoher Weg 12b
38820 Halberstadt
03941 5952200
www.andreas-henke-lsa.de

Karlstraße 4
06844 Dessau



Stefan Gebhardt

Göpenstraße 25
06526 Sangerhausen
03464 6069875
www.stefan-gebhardt.de

Oststraße 5
06449 Aschersleben



Hendrik Lange

Am Gastronom 14
06124 Halle-Neustadt
0345 4701678
www.hendriklange.de

Neumarkt 12
06712 Zeitz



Guido Henke

Ritterstraße 1
39340 Haldensleben
03904 7243422

Neuperverstraße 47
29410 Salzwedel



Kristin Heiß

Friedrich-Ebert-Straße 22
06366 Köthen
03496 700347
www.kristinheiss.de



Thomas Lippmann

Pfaffengasse 4
06886 Lutherstadt Wittenberg
03491 402865
www.thomas-lippmann.de



Henriette Quade

Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
0177 4410218
www.henriette-quade.de



Kerstin Eisenreich

Burgstraße 9
06217 Merseburg
03461 276986
www.kerstin-eisenreich.de

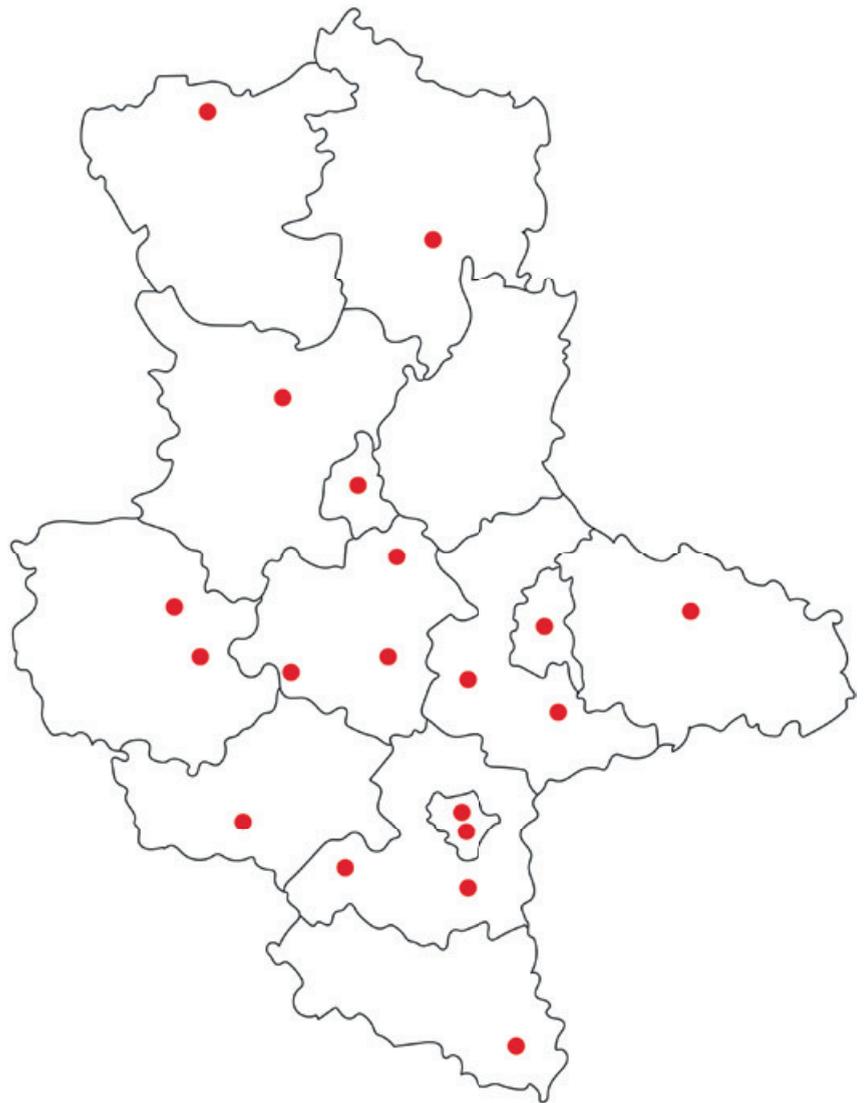
Nebraer Straße 18
06268 Querfurt
Neumarkt 12
06712 Zeitz



Eva von Angern

Pfännerstraße 9
39218 Schönebeck (Elbe)
03928 7638944
www.evavonangern.de

Kleine Wilhelmstraße 2b
06406 Bernburg
03471 622947
Oststraße 5
06449 Aschersleben
Neuperverstraße 47
29410 Salzwedel



Wulf Gallert

Anne-Frank-Straße 20
39576 Stendal
03931 519749
www.wulfgallert.de



Nicole Anger

Ebendorfer Straße 3
39108 Magdeburg
0391 50672800
www.nicole-anger.de

Soziale Netzwerke



fb.com/FraktionDIELINKE.LSA



twitter.com/LinksfraktionSt



instagram.com/linksfraktion_lsa

Impressum

Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt

Domplatz 6-9
39104 Magdeburg

Telefon: 0391/5605003
Fax: 0391/5605008
E-Mail: fraktion@dielinke.landtag-lsa.de

V.i.S.d.P.: Oliver Wiebe
Redaktion: Karsten Stöber, Oliver Wiebe,
Marten Dietrich
Layout: Rayk Weber, Fraktion, privat,
Fotos: Adobe Stock, OK Magdeburg
Hinweis: Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden!

Sie möchten die »Klipp&Klar« künftig digital erhalten oder haben Interesse an Informationsmaterialien unserer Fraktion?

Bitte senden Sie mir die »Klipp&Klar« künftig an folgende E-Mail-Adresse:

Bitte senden Sie mir Informationsmaterialien an folgende Adresse:

Einfach ausschneiden und an Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt Domplatz 6-9 39104 Magdeburg senden. Oder schicken Sie uns eine E-Mail mit dem Betreff »Klipp&Klar« an fraktion@dielinke.landtag-lsa.de

